

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Sitzungsdienst

Beschluss der Bürgerschaft

**Titel: Auswirkungen des Nahverkehrsplans für den Landkreis
Vorpommern-Rügen auf das ÖPNV-Angebot der Hansestadt Stralsund**

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt gemäß Änderungsantrag der Fraktionen CDU/FDP, Die Linke, Bürger für Stralsund, SPD, Wählergruppe Adomeit und Forum Kommunalpolitik:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund fordert den Landrat, den Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund und den Kreistag des Landkreises Vorpommern-Rügen dazu auf, die im geplanten Nahverkehrsplan 2014-2019 für die Hansestadt Stralsund vorgesehene verkehrlich optimale Erschließung für die Jahre 2014 und 2015 ohne zusätzliche Kosten für die Hansestadt Stralsund zu verhandeln. Dieser Zeitraum soll genutzt werden, um die laufende Fusion zu evaluieren in Richtung Fusionsrendite, Fahrgastzahlen usw., um dann den Nahverkehrsplan neu zu diesem Zeitpunkt unter Beteiligung der zuständigen Ausschüsse zu beschließen.

Beschluss-Nr.: 2013-V-10-1063

Datum: 05.12.2013

Im Auftrag

Kuhn